



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

26. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

5. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.45 Uhr bis 13.35 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenograph: Wolfgang Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Tagesordnungspunkte 1 und 2 s. APr 12/707

3 Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes (Berufskolleggesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1998

Vorlage 12/1637

1

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 12/1998 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

^{*)} öffentlicher Teil s. APr 12/707

4 Umsetzung der Erkenntnisse des Ministerpräsidenten aus der Niederlandreise vom 6. und 7. Februar 1997 für eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftslage in NRW

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/1798

in Verbindung damit:

Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in der deutsch-niederländischen Grenzregion

Bericht der Landesregierung

3

Der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 12/1798 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

5 Bericht über die USA-Reise des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie vom 16. bis 26.09.1997

Bericht der Vorsitzenden

9

Der Ausschuß nimmt den heutigen mündlichen Bericht der Vorsitzenden entgegen und kommt überein, das Thema nach Vorliegen des schriftlichen Berichts an den Landtagspräsidenten wieder aufzugreifen.

6 CDU: Umweltpakt für NRW

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2345

13

Der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 12/2345 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

- 7 **Sonntagsfahrverbot für Lkw's mit Blumen und Zierpflanzen über 7,5 Tonnen** 16

Der Wirtschaftsausschuß appelliert an den Wirtschafts- und Verkehrsminister, sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen auf diesem Sektor einzusetzen.

- 8 **Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 12/2340

Ausschußprotokolle 12/677, 12/678 und 12/686

18

Der Wirtschaftsausschuß verzichtet im Einvernehmen der drei Fraktionen auf eine Stellungnahme gegenüber dem federführenden Ausschuß für Kommunalpolitik.

- 9 **Fehlende Ausführungsbestimmungen des Runderlasses des MWMTV: Bevorzugte Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

Drucksache 12/2474

Bericht der Landesregierung

19

Im Rahmen der Aussprache sagt die Landesregierung dem Ausschuß weitere Informationen zu, die dem Diskussionsprotokoll zu entnehmen sind.

Nächste Sitzung: 26. November 1997 (Beratung und Abstimmung über den Haushalt)

Das Land Nordrhein-Westfalen bemühe sich, in Einzelfällen auf der Grundlage der zitierten gesetzlichen Vorschriften zu helfen, um wenigstens die krassesten Fälle zugunsten der deutschen Unternehmer abzustellen.

Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD) hält es für erforderlich, das Thema auch im Ernährungsausschuß noch intensiver zu beraten. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel auch, die Ausnahmegenehmigungen für ausländische Fahrzeuge einzuschränken und an bestimmten Stellen Kontrollen durchzuführen, ob die Lizenzen vorlägen. Sie gibt zu bedenken, daß das Sonntagsfahrverbot durchaus auch von den Bürgern geschätzt werde. Sie wolle nicht dazu beitragen, eine solche Regelung vorschnell auszuhebeln.

Die drei Fraktionen stimmen dem Vorschlag von **Christian Michael Weisbrich (CDU)** zu, an den Wirtschafts- und Verkehrsminister zu appellieren, er möge sich für die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf diesem Sektor einsetzen.

8 Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2340

Ausschußprotokolle 12/677, 12/678 und 12/686

Der Gesetzentwurf, so führt **Vorsitzende Hannelore Brüning** aus, sei am 12. September vom Plenum an den Ausschuß für Kommunalpolitik - federführend - sowie an alle inhaltlich betroffenen Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden. Das Plenum werde über den Gesetzentwurf nach Vorlage einer Beschlußempfehlung durch den federführenden Ausschuß beraten.

Sie bittet um Meinungsäußerungen der Fraktionen, ob sie über den Gesetzentwurf beraten und gegenüber dem federführenden Ausschuß eine Stellungnahme abgeben wollten oder nicht.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) teilt mit, daß ihre Fraktion keinen Beratungsbedarf im Wirtschaftsausschuß habe.

Auch **Christian Michael Weisbrich (CDU)** sieht keinen Beratungsbedarf in der Sache, da der Wirtschaftsausschuß von dem Gesetzentwurf nur am Rande tangiert sei.

Allerdings sollte der Gesetzentwurf Anlaß sein, über die Effizienz des parlamentarischen Tuns nachzudenken: Der 133 Seiten umfassende Gesetzentwurf, zu dem eine dreitägige Anhörung mit Dutzenden von Fachleuten durchgeführt worden sei, habe zum Ergebnis, daß von weit über 1 000 Rechtsverordnungen 7 abgeschafft werden sollten, davon 3, die er längst für abgeschafft gehalten habe, nämlich zur Bekämpfung der Dasselfliege; gleichzeitig werde eine Verordnung zur Handhabung dieses Gesetzes neu eingeführt.

Vom Volumen her erhoffe man sich eine Entlastung der Gemeindehaushalte um 150 Millionen DM. Damit werde man das in den Gemeindekassen klaffende Loch nicht stopfen können; aber es sei aus Sicht der Gemeinden ein Schritt in die richtige Richtung. - Seine Fraktion werde sich gegen diesen Gesetzentwurf nicht sperren, sondern sich der Stimme enthalten.

Für ihre Fraktion erklärt **Helga Gießelmann (SPD)**, daß auch sie keinen Beratungsbedarf für diesen Gesetzentwurf im Wirtschaftsausschuß sehe.

Die **Vorsitzende** stellt Einvernehmen zwischen den drei Fraktionen fest, daß der Wirtschaftsausschuß gegenüber dem federführenden Ausschuß keine Stellungnahme abzugeben wünsche.

9 **Fehlende Ausführungsbestimmungen des Runderlasses des MWMTV: Bevorzugte Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

Drucksache 12/2474

Bericht der Landesregierung

Vorsitzende Hannelore Brüning legt dar, daß die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 12.09.1997 um die Behandlung dieses Themas in der Ausschußsitzung am 08.10. gebeten habe, in der dieser Punkt jedoch wegen der in Kürze zu erwartenden Antwort auf eine etwa gleichlautende Kleine Anfrage nicht behandelt worden sei. Inzwischen liege diese Antwort mit Drucksache 12/2474 vor.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) weist darauf hin, daß es in Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen Bundesländern das Problem gebe, daß nach wie vor viele tausend Jugendliche ohne Ausbildungsplatz seien. Die Landesregierung habe mit sehr viel Energie Maßnahmen ergriffen, um den Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben.

Als der Runderlaß für die bevorzugte Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge herausgekommen sei, sei die Landesregierung werbewirksam an die Öffentlichkeit getreten und habe darauf hingewiesen, daß man nun ein effektives